

Pressemitteilung vom 06.03.2024

Ministerpräsidentenkonferenz: Keine Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten!

„Das Asyl- und Aufenthaltsrecht wurde in den letzten Monaten sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene beispiellos verschärft. Grenzverfahren in Haftlagern, Pushbacks an den Außengrenzen, Tausende Tote im Mittelmeer, massenhafte Abschiebungen, entmündigende Bezahlkarten – das ist die bittere Realität von Schutzsuchenden in Europa. Dass insbesondere CDU-Politiker:innen im Vorfeld der heutigen Ministerpräsidentenkonferenz nach noch mehr Entrechtung rufen, macht mich fassungslos“, erklärt die fluchtpolitische Sprecherin der Gruppe DIE LINKE, Clara Bünger, anlässlich des heutigen Treffens von Bundeskanzler Olaf Scholz mit den Ministerpräsident:innen der Länder zur Asylpolitik. Bünger weiter:

„Als wäre die Hetze der Union nicht schon schlimm genug, denkt Innenministerin Nancy Faeser laut über die Auslagerung von Asylverfahren in außereuropäische Drittstaaten nach. Das ist ein unerhörter Tabubruch, der massiv gegen Menschenrechte verstößt. Deutschland und die EU sind maßgebliche Verursacher von Fluchtursachen. Sie dürfen die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz nicht auslagern und auf andere Staaten abwälzen.“

Richtig wäre es, die im Koalitionsvertrag verabredeten Erleichterungen umzusetzen, etwa die Streichung aller Arbeitsverbote. Außerdem muss der Bund die Kommunen ausreichend finanziell unterstützen, damit sie ihre Infrastruktur ausbauen können. Nur so kann verhindert werden, dass Geflüchtete und Menschen, die schon lange in Deutschland leben, um knappe Güter konkurrieren müssen und gegeneinander ausgespielt werden. Entrechtung und Abschiebung sind dagegen niemals eine Lösung für soziale Probleme.“

Clara Bünger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik
clara.buenger@bundestag.de
clarabuenger.de

Clara Bünger
Die Linke